

# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein  
31. Januar 2001

**Fünfundfünfzigste Tagung**  
Tagesordnungspunkt 107

## Resolution der Generalversammlung

[auf Grund des Berichts des Dritten Ausschusses (A/55/595 und Korr.1 und 2)]

### **55/66. Wege zur Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre**

*Die Generalversammlung,*

*erneut erklärend*, dass alle Staaten verpflichtet sind, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie in der Charta der Vereinten Nationen verankert, zu fördern und zu schützen, sowie in Bekräftigung ihrer Verpflichtungen aus den Rechtsakten auf dem Gebiet der Menschenrechte, insbesondere der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>1</sup>, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte<sup>2</sup>, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte<sup>2</sup>, dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>3</sup> und dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes<sup>4</sup>,

*eingedenk* der Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen<sup>5</sup> und der auf der Vierten Weltfrauenkonferenz verabschiedeten Erklärung<sup>6</sup> und Aktionsplattform<sup>7</sup> von Beijing sowie unter Hinweis auf das Ergebnisdokument der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert"<sup>8</sup>,

*sowie eingedenk* dessen, dass Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre ein Menschenrechtsproblem darstellen, und dass Staaten zu gebührender Sorgfalt verpflichtet sind, um derartige Verbrechen zu verhüten und zu untersuchen, die Täter zu bestrafen und

---

<sup>1</sup> Resolution 217 A (III).

<sup>2</sup> Siehe Resolution 2200 A (XXI), Anlage.

<sup>3</sup> Resolution 34/180, Anlage.

<sup>4</sup> Resolution 44/25, Anlage.

<sup>5</sup> Siehe Resolution 48/104.

<sup>6</sup> Abgedruckt in: *Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz, Beijing, 4.-15. September 1995* (auszugsweise Übersetzung des Dokuments A/CONF.177/20 vom 17. Oktober 1995), Kap. I, Resolution 1, Anlage I.

<sup>7</sup> Ebd., Anlage II.

<sup>8</sup> Resolution S-23/3, Anlage.

die Opfer zu schützen, und dass die Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen eine Menschenrechtsverletzung darstellt,

*sich dessen bewusst*, dass ein unzureichendes Verständnis der tieferen Ursachen jeglicher Gewalt gegen Frauen, namentlich der Verbrechen wegen verletzter Ehre, sowie unzulängliche Daten über derartige Gewalt fundierte grundsatzpolitische Analysen sowie die Anstrengungen zur Beseitigung dieser Gewalt auf innerstaatlicher wie auf internationaler Ebene erschweren,

*Kenntnis nehmend* von der allgemeinen Empfehlung 19 betreffend die Gewalt gegen Frauen, die vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau verabschiedet wurde<sup>9</sup>,

*sowie Kenntnis nehmend* von den betreffenden Ziffern in den jüngsten Berichten der Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission über Gewalt gegen Frauen, deren Ursachen und deren Folgen<sup>10</sup>, der Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen<sup>11</sup>, des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten<sup>12</sup> und der Sonderberichterstatterin der Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte über traditionelle Praktiken, die die Gesundheit von Frauen und Mädchen beeinträchtigen<sup>13</sup>,

*eingedenk* der betreffenden Ziffern in den Resolutionen der Menschenrechtskommission 2000/31 und 2000/45 vom 20. April 2000<sup>14</sup> sowie der Resolution 2000/10 der Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte vom 17. August 2000<sup>15</sup>,

*betonend*, dass die Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre größere Anstrengungen und Entschlossenheit seitens der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft, unter anderem durch internationale Kooperationsbemühungen, und der Zivilgesellschaft, namentlich der nichtstaatlichen Organisationen und lokalen Verbände, erfordert, und dass die gesellschaftliche Einstellung sich grundsätzlich ändern muss, sowie unterstreichend, wie wichtig die Ermächtigung der Frau als Mittel zu diesem Zweck ist,

1. *bringt ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck*, dass Frauen nach wie vor Opfer verschiedener Formen der Gewalt werden, einschließlich derjenigen, die in dem Ergebnisdokument der dreißigsten Sondersitzung der Generalversammlung "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert"<sup>8</sup> aufgezeigt wurden, sowie darüber, dass derartige Verbrechen, einschließlich Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre, in vielen verschiedenen Formen nach wie vor in allen Regionen der Welt vorkommen, und bringt außerdem ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass einige Täter davon ausgehen, dass sie eine Rechtfertigung für die Begehung derartiger Verbrechen haben;

---

<sup>9</sup> Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenundvierzigste Tagung, Beilage 38 (A/47/38)*, Abschnitt I.

<sup>10</sup> E/CN.4/2000/68 und Add.1-5.

<sup>11</sup> Siehe A/55/288.

<sup>12</sup> E/CN.4/2000/61 und Korr.1.

<sup>13</sup> E/CN.4/Sub.2/1998/11, E/CN.4/Sub.2/1999/14 und E/CN.4/Sub.2/2000/17.

<sup>14</sup> Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 2000, Supplement No. 3 und Korrigendum (E/2000/23 und Korr.1)*, Kap. II, Abschnitt A.

<sup>15</sup> Siehe E/CN.4/Sub.2/2000/L.11/Add.1, Kap. II, Abschnitt A.

2. *begrüßt* die Maßnahmen der Staaten, die auf die Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre gerichtet sind, einschließlich der Verabschiedung von Änderungen der einschlägigen innerstaatlichen Gesetze betreffend diese Verbrechen, der wirksamen Umsetzung dieser Gesetze und einzelstaatlicher Kampagnen, die zusammen in einigen Ländern bereits zu einer Abnahme der Zahl dieser Verbrechen geführt haben;

3. *begrüßt außerdem* die Anstrengungen, beispielsweise die konkreten Projekte, die von den Organen, Programmen und Organisationen der Vereinten Nationen durchgeführt werden, namentlich von dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, um das Problem der Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre anzugehen, und ermutigt sie, ihre Anstrengungen abzustimmen, und begrüßt ferner die Tätigkeit der Zivilgesellschaft, einschließlich nichtstaatlicher Organisationen wie Frauenorganisationen, Basisbewegungen und Einzelpersonen, die auf die Schärfung des Bewusstseins für derartige Verbrechen und ihre schädlichen Auswirkungen gerichtet sind;

4. *fordert alle Staaten auf,*

a) ihre jeweiligen Verpflichtungen aus dem internationalen Recht der Menschenrechte zu erfüllen und konkrete internationale Verpflichtungen, unter anderem gemäß dem Ergebnisdokument der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung, umzusetzen;

b) ihre Anstrengungen zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre, die in vielen verschiedenen Formen auftreten, durch Gesetzgebung, Bildungs-, soziale und andere Maßnahmen zu verstärken, so auch durch die Verbreitung von Informationen, und unter anderem Meinungsbildner, Pädagogen, religiöse Führer, Häuptlinge, traditionelle Führer und die Medien in Sensibilisierungskampagnen einzubeziehen;

c) Maßnahmen und Programme zu befürworten, zu unterstützen und durchzuführen, die das Ziel verfolgen, den Verantwortlichen für die Rechtsdurchsetzung und für Durchführungsmaßnahmen, wie Polizei- und Justizbeamten sowie Gesundheitspersonal, ein besseres Wissen und Verständnis der Ursachen und Folgen von Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre zu vermitteln;

d) nach Möglichkeit Unterstützungsdienste einzurichten, zu verstärken oder zu erleichtern, um auf die Bedürfnisse tatsächlicher und potenzieller Opfer eingehen zu können, indem sie unter anderem geeigneten Schutz, sichere Zufluchtsstätten, Beratung, einschließlich Rechtsberatung, erhalten und ihre Rehabilitation und Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglicht wird;

e) institutionelle Mechanismen zu schaffen, zu stärken oder zu erleichtern, um es den Opfern und anderen Personen zu gestatten, derartige Verbrechen in einem sicheren, die Vertraulichkeit wahrenen Umfeld zu melden, und ermutigt die Staaten, statistische Angaben über das Auftreten dieser Verbrechen zu sammeln und zu verbreiten;

5. *bittet* die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Organe, Programme und Organisationen der Vereinten Nationen, die auf die Stärkung der institutionellen Kapazitäten zur Verhütung von Verbrechen gegen Frauen wegen verletzter Ehre und zur Bekämpfung ihrer Ursachen gerichteten Anstrengungen aller Länder auf ihr Ersuchen unter anderem durch technische Hilfe und Programme für Beratende Dienste des Zentrums der Vereinten Nationen für internationale Verbrechensverhütung, des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau zu unterstützen;

6. *ermutigt* die zuständigen Menschenrechts-Vertragsorgane, sich mit diesem Problem gegebenenfalls weiter auseinanderzusetzen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer siebenundfünfzigsten Tagung einen Bericht über das Thema dieser Resolution, einschließlich der von den Staaten zur Bekämpfung der betreffenden Verbrechen ergriffenen Initiativen, vorzulegen.

*81. Plenarsitzung  
4. Dezember 2000*